

Insektensterben auch in Schutzgebieten

Bundesamt für Naturschutz fordert Agrarwende. BUND für schnelleres Glyphosat-Aus

Von Holger Dumke

An Rhein und Ruhr. Das Insektensterben beschäftigt weiter Forscher, Politik und Behörden. In Bonn diskutieren Fachleute seit gestern die Studien des Entomologischen Vereins Krefeld, der an ausgewählten Standorten einen Rückgang der Insekten-Biomasse von im Schnitt 76% binnen knapp drei Jahrzehnten ausgemacht hatte. Was Beate Jessel, der Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) sehr besorgt: Die Rückgänge gab es vor allem in Naturschutzgebieten. Jessel sieht wesentlich die Landwirtschaft in der Verantwortung, sie fordert eine Agrarwende. Allerdings trügen wohl weitere Faktoren – etwa die zunehmende Lichtverschmutzung in den Städten – zum Insektensterben bei.

Insekten dienen anderen Tieren zur Nahrung, ohne sie sind natürliche Biotope an Land kaum vor-



Bei den Wildbienen gab es Biomasse-Rückgang von 52%.

FOTO: DPA

stellbar. Die Untersuchung der Krefelder, die im vergangenen Jahr bundesweit für Aufsehen gesorgt hatte, ist mittlerweile weiter ausgewertet worden. Besonders stark waren die Rückgänge bei z. B. Köcherfliegen (-96%). Auch bei Laufkäfern und Ameisen sieht es schlecht aus. Bei Wildbienen hat das Minus bei 52% gelegen.

Der Umweltverband BUND drängt auf ein früheres Auslaufen

des umstrittenen Unkrautvertilgungsmittels Glyphosat – nicht erst binnen fünf Jahren, wie von der Großen Koalition vorgesehen: „Wir meinen, spätestens Ende 2021 muss damit Schluss sein“, sagte Ralf Bilke, Agrarexperte beim Landesverband in NRW, gegenüber der NRZ. Als „Totalherbizid“ zerstöre Glyphosat unterschiedslos alle Grünpflanzen, darunter viele heimische Ackerwildkräuter, die Nahrungsquellen und Lebensräume für Insekten sind. Glyphosat trage so zum Artensterben bei.

Viel zu wenige Kommunen nutzen nach Auffassung der Umweltschützer die Möglichkeit, bei der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen den Glyphosat-Einsatz auszuschließen. Eine aktuelle Abfrage des BUND unter bis gestern 50 antwortenden NRW-Kommunen habe gezeigt, dass 71% von ihnen auf Auflagen zu Pestiziden verzichte. Konkrete Ratsbeschlüsse,

die auf eine Änderung der Pachtverträge und ein Verbot von Glyphosat auf stadteigenen Flächen abzielen, gibt es u. a. in Bochum, Gelsenkirchen, Bottrop, Erkrath, Wesel und Oberhausen. Der BUND hat schon vor geraumer Zeit das Projekt „pestizidfreie Kommune“ aufgelegt und verweist u. a. auf mechanische Alternativen zu Giften (z. B. Mähen, schonende Bodenbearbeitung). NRZ

DIE INSEKTEN UND DER „AUTOSCHEIBENEFFEKT“

■ Für Normalbürger macht Bundesamtspräsidentin Jessel den Insektenrückgang am „Windschutzscheibeneffekt“ anschaulich: Anders als vor 20 oder 30 Jahren kleben nach längerer Autofahrt kaum Mücken und Fliegen auf der Scheibe. dpa

NRZ v. 08. Nov. 2018